

Dresdner Volkszeitung

Postkassens: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Herrn. Kroll, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsfelden und Dresden-Altkönigsfelden

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn in der Woche vom 1. bis 7. September
800 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 200 000.— M.
Einzelnnummer 150 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinenszeit nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinenszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Komparativzeile 200 000.— M., auswärts
240 000.— M., die 8spalt. Komparativzeile 300 000.— M., auswärts 360 000.— M.,
Ausland 800 000 u. 2 400 000 M. Bei mehrmal. Auftragsvermittlung, Familien-
anzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 40 Proz. Rab. Für Brieflieferungen 40 000 M.

Nr. 207

Dresden, Mittwoch den 5. September 1923

34. Jahrg.

Kein Ausweichen!

Der Reichswehrminister Gessler muß fort!

In Berlin scheint die Veröffentlichung der sächsischen Staatszeitung über Herrn Gessler eingeschlagen zu haben. Man ist offenbar dort von dieser Veröffentlichung sehr unangenehm berührt und hat, wie der Dresdner Anzeiger sich aus Berlin melden läßt, mit Erstaunen und Bedauern davon Kenntnis genommen. Der Herr Reichsanwalt wurde in aller nächster Zeit wieder Gelegenheit nehmen, mit dem sächsischen Ministerpräsidenten persönlich Rücksprache zu nehmen und die ganze Geschichte sei anscheinend auf ein großes Mißverständnis zurückzuführen. Gessler sei gegenwärtig in Urlaub, aber die Klärung der Angelegenheit werde vorbereitet. Gessler kehre aber heute wieder nach Berlin zurück und dann sei eine Veröffentlichung des Reichsanwalts und Reichswehrministers zu erwarten. Damit, daß die Vertreter des Wehrfreikommandos nicht an der Verfassungsfeier teilnehmen, sei Gessler zwar einverstanden gewesen. Aber er hätte nie und nimmer daran gedacht, ein Verbot des dienstlichen Verkehrs mit der sächsischen Regierung auszusprechen, oder auch die Einstellung dieses Verkehrs auch nur auf vorübergehende Zeit zu billigen. Die beiden Dinge seien anscheinend bei einem von Berlin nach Dresden geführten Gespräch durch einander geraten. Man brauche nur daran zu denken, daß ja die sächsische Regierung in irgend einem bloßlich einseitigen Akt die Hilfe der Reichswehr hätte in Anspruch nehmen wollen und ihr vom Wehrfreikommando mit dem Hinweis auf die Einstellung des dienstlichen Verkehrs eine derartige Hilfe verweigert worden wäre. Schon ein einziges derartiges Beispiel genüge, um nachzuweisen, daß der Reichswehrminister niemals auf die Idee kommen könnte, die von Sachsen aus gerügte Anweisung zu erteilen.

Also nur ein großes Mißverständnis ist schuld daran, daß der sächsische Regierung die Erklärung über den Abbruch der Beziehungen abgegeben wurde. Sehr merkwürdig ist es, daß man erst jetzt dieses Mißverständnis entdeckt. Zunächst hat Gessler einfach abgelehnt, daß von einem derartigen Abbruch der Beziehungen zwischen Wehrfreikommando und der sächsischen Regierung die Rede sein könnte. Wir können nicht glauben, daß Herr Gessler nicht genau darüber unterrichtet ist, was tatsächlich in Dresden vorgegangen war und dann hätte er gleich erklären können, wie die Dinge zusammenhängen. Doch man erst jetzt zu der Behauptung kommt, hier liege ein Mißverständnis vor, ist wirklich sehr eigenartig, und deswegen vermögen wir an des Mißverständnisses nicht zu glauben. Was wird aus dem Leiter des Wehrfreikommandos, General Müller, dem dieses merkwürdige Mißverständnis passiert ist? Wenn wirklich nach Meinung der maßgebenden Berliner Stellen ein solcher Abbruch der Beziehungen zwischen dem Reichswehrkommando und der Landesregierung eine so unmögliche Sache ist, wie kann dann noch ein General im Amte bleiben, der für eine derartige Erklärung, wie sie hier in Dresden abgegeben worden ist, die Verantwortung trägt. Und wie ist es mit dem Brief des Herrn Generals Müller an den Senatpräsidenten Dr. Soeans, mit dem sich ja Herr Müller in ein schreckliches gerichtlich-Verfahren einmischte hat. Liegt hier vielleicht auch nur ein so großes Mißverständnis vor?

Die bürgerlichen Blätter, die in der Analepenheit Stellung nehmen, verhehlen es der sächsischen Regierung, daß sie gerade jetzt mit diesen Dingen herumschmeißt. Der Dresdner Anzeiger schreibt etwas von dem Einheitswillen des ganzen deutschen Volkes. Er hofft, daß die weiteren Aufschlüsse die notwendige Klärung bringen werden und eine Aussprache des Kommandos, Dr. Stresemann, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Reigner dienen soll. Die Dresdner Neuesten Nachrichten meinen ebe ein Minister eines Landes einem Reichsminister so schwer beschuldigt, hätte doch erst der Versuch gemacht werden müssen, die Ursachen des Widerstandes festzustellen, und das Leipziger Tageblatt erklärt, daß die Reignerische Fundamentierung keineswegs dem Geiste der Verfassung entspricht, von der sächsische eine private Polemik zwischen dem Vorsitzenden einer Landesregierung und dem Mitglied des Reichskabinetts sicher nicht gewollt sein könne. Die Haltung des Reichsanwalts ist bei der Verfassungsfeier sei zwar nicht zu billigen, aber keinesfalls könne die Art, wie diese Beflageneren die Mißbilligung in einer Serie von Anmerkungen vor der öffentlichen Meinung ausgetragen wurde, gutgeheißen werden.

Die Blätter scheinen sich einzubilden, daß der Vorstoß der sächsischen Regierung erfolgt sei, ohne daß man vorher den Versuch gemacht hat, auf anderem Wege mit Herrn Gessler fertig zu werden. In Wirklichkeit ist aber die sächsische Regierung erst an die Öffentlichkeit gegangen, weil man in Berlin allen Vorstellungen gegenüber so hartnäckig gewesen ist, sonst hätte man den Herrn Gessler schon längst in die Versenkung verschwinden lassen. Besonders Herr Gessler selbst muß ein ganz besonderes Maß von Dickköpfigkeit besitzen. Die Veröffentlichung der sächsischen Staatszeitung ist schrecklich, das können alle Blätter versichern, zunächst ein Warnungssignal, und Herr Gessler läßt in seinem Interesse und im Interesse des deutschen Volkes gut, wenn er es beachtet. Wenn er sich verweigert, so werden weitere Veröffentlichungen kommen, die für Herrn Gessler noch viel unangenehmer sein werden, als die bisherigen Mitteilungen der Staatszeitung. An Versuchen, durch Verhandlungen dem Gesslerstand ein Ende zu machen, hat es seit

Jahr und Tag nicht gefehlt, es hat bisher aber alles nichts genützt. Lange kann aber jetzt nicht mehr gewartet werden, wenn die Gefahr, die Herr Gessler für die deutsche Republik bedeutet, nicht immer größer werden soll. Gessler muß unbedingt fort, und wir können der bürgerlichen Presse versichern, daß sich die sächsische Regierung und die Sozialdemokratische Partei Sachsens weder durch Herrn Stresemann noch durch die Klagen der bürgerlichen Presse davon abhalten lassen werden, den Kampf gegen Gessler fortzuführen, bis der Mann erledigt ist. Wenn man bemerkt, daß sich daraus so unangenehme und peinliche Dinge ergeben, dann mag man Herrn Gessler verschwinden lassen, aber sehr schnell.

Auch der Sozialdemokratische Parlamentsdienst nimmt anheimend im Einverständnis mit dem Partei- und Fraktionsvorstand zum Fall Gessler Stellung. Er schreibt:

Einorklärung bedarf der Fall Gessler, die Auseinandersetzung zwischen der sächsischen Regierung und dem gegenwärtigen Reichswehrminister. Es ist richtig, daß dieses dehnungsreiche Zwischenstück gegenwärtig hinter unseren außenpolitischen Schwierigkeiten weit zurücktritt. Aber wenn man nicht sofort von heute auf morgen macht, sondern mit der Betrachtung des Falles Gessler auch einen Blick auf die Entwicklung der kommenden innenpolitischen Schwierigkeiten wirft, dann wird man anderer Ansicht als der Reichsanwalt. Wir haben keine Reue, die Entwicklung der kommenden Wochen schwarz zu malen als es notwendig ist. Aber darüber dürfte kein Zweifel mehr bestehen, daß selbst bei einer schnellen und energiegelassen Lösung des außenpolitischen Schwierigkeiten, zu deren Überwindung die Reichsregierung nicht nur eine geschlossene Phalanx der Landesregierungen gebraucht, sondern auch die volle Unterstützung der Arbeiterschaft notwendig hat. Wie aber soll das möglich sein, wenn der Reichsminister, der im Eventualfall berufen wäre, den Staat gegen rechts und links zu schützen, aus guten Gründen nicht das Vertrauen der Bevölkerung genießt, deren Unterstützung er unbedingt bedarf? Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Gessler ist kein Kampf gegen die Person, sondern gegen die Unzulänglichkeit in Bezug auf die Verteidigung des Staates von heute. Auch die sächsische Regierung ist dieser Überzeugung und wir glauben, nur mit Rücksicht auf die vielleicht schon in absehbarer Zeit für den Staat

drohenden Gefahren ist sie der Auffassung, daß wenigstens solange es noch Zeit ist, an der Spitze unserer Reichswehr, die zur Aufgabe hat, die Verfassung zu schützen, ein Mann treten muß, der mit mehr Energie gegen diejenigen seiner Untergebenen, die unzuverlässig sind, vorzugehen vermag und gewillt ist und der es in jedem Falle ablehnt, Demonstrationen, die auch nur den Anschein der Republik feindschaft erwecken könnten, zu unterstützen. Wir sind mit der sächsischen Regierung vollkommen einer Auffassung, daß es ein Skandal ist und bleibt, wenn der Chef der Reichswehr aus irgendwelchen Gründen, mögen sie noch so schwieriger Art sein, die ihm unterstellten Militärs anhält, eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und einer Landesregierung vor aller Öffentlichkeit zur Schau zu tragen. Damit hat Gessler nicht nur seiner eigenen republikanischen Zuverlässigkeit einen weiteren Streich verfehlt, sondern auch die Verfassungsfürer in gewissem Sinne als private Veranstaltung der sächsischen Regierung gestempelt. Unter diesen Umständen kann der Reichswehrminister bei der Arbeiterschaft, die seit Jahren den Kampf um die Sicherung der Republik führt, niemals mehr Vertrauen gewinnen. Im Interesse unseres Landes würde es liegen, wenn er daraus selbst die Konsequenzen ziehen würde.

Schon bei der letzten Regierungsabänderung hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nur in Anbetracht der kritischen Lage erneut mit Herrn Gessler als Reichswehrminister abgefunden. Aber sie hat schon damals seinen Zweifel darüber gelassen, daß Gessler nach Möglichkeit bald von seinem Amt befreit werden muß. Im Ziel ist die Reichstagsfraktion mit der sächsischen Regierung einer Auffassung, wenn man vielleicht auch über die Taktik des Kampfes gegen einen Mann, den man aus vollkommen sachlichen Gründen befehlen will, streiten kann. Ueber eine Änderung der Taktik dürfte aber auch die sächsische Regierung im Interesse ihres Landes sicherlich mit sich reden lassen, wenn die Wirkung die gleiche bleibt.

Immer noch keine Beschlüsse

Aus Berlin wird gemeldet: Das Reichskabinett befaßte sich am Dienstagabend in einer mehrstündigen Sitzung erneut mit den zu ergreifenden währungspolitischen Maßnahmen.

Zu einer Einigung scheint man noch nicht gekommen zu sein, obgleich die Zeit drängt und das erneute Hin- und Hergehen des Dollars beweist, daß Eile geboten ist. Bestehen denn Unflimmigkeiten? Kann der Finanzminister notwendige Maßnahmen nicht durchsetzen? Sind außer technischen Schwierigkeiten auch sachliche Hemmnisse vorhanden? Die Sozialdemokratie muß peinlich darauf sehen, daß in jedem Stadium der Koalitionsregierung Klarheit und Wahrheit dem Volke nicht vorenthalten wird.

Völkerbunds-Theater

Der italienisch-griechische Konflikt hat gleich einem heftigen Erdbeben auf den Völkerbund gewirkt. Zum ersten Male bricht ein kriegerisches Abenteuer zwischen zwei dem Völkerbunde angehörenden Staaten aus, das der Völkerbund nach allen festgelegten Regeln ordnen und schlichten sollte. Und gleich im ausgerechnet ersten Falle verlagert der Völkerbund. Er findet erstens überhaupt keine Stellungnahme, sondern verlagert hoffnungslos eine Entscheidung von Tag zu Tag. Und zweitens, wenn er wirklich noch ein festes Eingreifen versuchen sollte, so kommt es entweder zu spät oder aber das eine Mitglied, gegen das es geht, tritt sofort aus dem Völkerbunde aus. Mussolini hat das schon erklärt.

Es bestärkt sich wieder, was die Sozialdemokratie immer gesagt hat, daß der Kapitalismus, wenn er auf imperialistischen Raub ausgeht, keinerlei moralische Fesseln anerkennt, sondern brutal alle sittlichen und vertraglichen Bindungen zerreißt. Ein Vorwand, der den imperialistischen Vorkrieg als die pureste, ja notwendigste „Gerechtigkeit“, als „Recht“ und „Sittlich“ erklärt, findet sich immer. Das hat jeder Krieg gezeigt und das erweist auch wieder das Vorgehen Italiens. Man vergleiche die folgenden Meldungen:

London, 4. September. Die Times berichten: Der französische Vorkämpfer hat mit Lord Curzon verhandelt über den griechisch-italienischen Streit. Die britische Regierung steht nachdrücklich auf dem Standpunkt, daß der Fall für eine Verhandlung durch den Völkerbund geeignet sei. Es bestehe keine Neigung, zwischen Griechenland und Italien Partei zu ergreifen.

Genf, 4. September. Infolge des Beschlusses der französischen Regierung, den Standpunkt der britischen Delegation, daß die gesamte Frage vor den Völkerbund und nicht vor den Pariser Vorkämpfer gehört, zu unterstützen, seien Anmerkungen in dieser Richtung gestern vormittag bei der französischen Delegation in Genf eingegangen. Die Herstellung der französisch-britischen Solidarität in diesem fundamentalen Wendepunkt sei ein Wendepunkt in der griechisch-italienischen Streitfrage.

Genf, 4. September. Der Völkerbundrat verhandelte heute nachmittag über den griechisch-italienischen Konflikt. Da Salandra noch keine neuen Informationen erhalten hatte, wurde die Debatte auf morgen verschoben. Auf Verlangen Lord Curzons gab Vorkämpfer Informationen über den griechischen Standpunkt. Salandra wies erichte sich im Namen Italiens, so daß Politik anheimgegeben wurde, seine Erklärungen schriftlich einzugehen.

Die neuen griechischen Vorschläge besagen, der Völkerbundrat möge neutrale Vertreter ernennen, um die in Griechenland erfolgten Schritte zu garantieren und zu kontrollieren. Eine Kommission aus italienischen, griechischen und neutralen Vertretern möge die Entschädigung Griechenlands an Italien festsetzen. Griechenland wolle sofort 50 Millionen Lire als Garantie für die

Entschädigungszahlung hinterlegen. Griechenland verhält sich also höchst würdevoll und entgegenkommend, aber das ändert den auf Überhebung ausgehenden italienischen Imperialismus nicht.

Nachdem durch den Wunsch Englands schließlich doch noch eine Art Eingreifen des Völkerbundes droht, ergreift Mussolini in gewohnter Faschistenbrutalität die Feinde und schlägt auf den Völkerbund los.

Rom, 4. September. Die italienische Regierung hat der englischen und französischen erneut mitteilen lassen, daß sie die Rompetenz des Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt ablehne. Die Gründe seien: 1. sei die griechische Regierung nicht formell anerkannt; 2. beschuldige Italien nicht, gegen Griechenland „Krieg zu führen“; 3. siehe die nationale Ehre Italiens auf dem Spiele. Diese nationale Ehre beschuldige Italien zu schützen, ohne sich behrern zu lassen.

Der erste Grund ist eine formale Albernheit, der zweite Grund eine trügerische Gemeinheit. Mussolini hat bereits griechischen Boden bombardiert, besetzt, weggenommen, Inseln mit Minen umspießt, und ein letztes Telegramm besagt: Die Italiener haben mit Truppenlandungen bei Sant Quaranta begonnen; es scheint, als ob sie die ganze Küste des Epicus und das Hinterland besetzen wollen. — Das nennt Mussolini „keinen Krieg erklären“, sondern das seien nur „Sanktionen“ und dergleichen Schwindel.

Durchschlagend aber ist Mussolinis dritter Grund: „Die nationale Ehre stehe auf dem Spiele; sie zu schützen werde sich Italien nicht beibrern lassen.“ — Na also! Dieselbe Phrase aller blutigen Eroberer und Gewaltmenschen. Die „nationale Ehre“, die sie allein bestimmen, daß jeden Ueberfall, jeden Raub, jede Schandtat, ja, macht sie sogar erforderlich, und wenn etwa der Völkerbund bestimmen wolle, was Italiens nationale Ehre und Pflicht sei, so zeigt ihm Mussolini nach Faschistenart sein allerwertestes — Hinterkeil.

Rom, 4. September. Im Ministerrat erklärte der Ministerpräsident: Sollte sich der Völkerbundrat trotz unserm Einspruch für zuständig erklären, so würde Italien vor die Frage gestellt werden, ob es im Völkerbunde bleibt oder aus ihm austritt. Ich habe mich bereits für die zweite Möglichkeit entschieden und erlaube den Ministerrat, zu erklären, ob er mit den unserm Delegierten mitgegebenen formellen Anweisungen einverstanden ist. Die Salandra im Völkerbund erörtern wird. Die Minister stimmten voll und rücksichtslos der vom Ministerpräsidenten genommenen Haltung zu.

Also: der Völkerbund kann uns am — Wasel runterstufen, wenn er den imperialistischen Raubzug nicht als „nationale Ehre“ Italiens anerkennen will. So zeigt der Faschismus dem Völkerbunde sein wahres Gesicht. Wie sich England und Frankreich zu dem Diktator Mussolinis stellen werden, ist ein bedeutendes Problem. Es wird davon ab-

Steuern und Volksernährung

Unsere Agrarier klagen Stein und Bein über die neuen Steuern, die angeblich für sie gar nicht zu ertragen sind. Wie sehr aber im Interesse des ganzen Volkes notwendig ist, daß die Landwirtschaft recht tüchtig mit Steuern herangezogen werden, zeigt nachfolgende Statistik, die uns von einem auf dem Lande wohnenden Beamten zugegangen ist.

Eine scharfe Steuerzahlung ist das einzig richtige Mittel, den Landwirt überhaupt jetzt zum Verkauf seiner Getreide, Roggen und Kartoffeln, zu veranlassen. Denn sonst sagt er, was soll ich mit dem Papiergeld anfangen? Zum Wareneinkauf hat er kaum noch nötig. Denn er hat schon alles was er braucht. Er hat Baumaterialien gekauft, auch wenn er vorläufig noch nicht bauen will. Er hat die Ausrüstung gekauft für seine Kinder, auch wenn diese noch nicht ans Geiraten denken. Rittergüter haben chemischen Dünger in großen Vorräten. Man muß geradezu sagen, ein Grund der Verzerrung der städtischen Waren ist der Umstand, daß die Landwirte Vorräte in Massen aufgesammelt haben. Sollen ein Bauer ein Stück Land abgeben, das unbedingt zu einer Baustelle gebraucht wird, so sträubt er sich, als gälte es das Geil seiner Seele, während andererseits die Bauern ihre Hypotheken in Papierwerten abgestoßen und somit die größte Schuldenlastung der Weltgeschichte erlebt haben.

Kurz, unter der Republik ist das Agrariertum mehr Krumpf als je. Denn vor dem Kriege drohte ihm immer noch die Einfuhr vom Ausland, die jetzt lahmgelegt ist. Hoffentlich kommt es wenigstens jetzt endlich zur Besteuerung der Sachwerte, die wenigstens etwas einen sozialen Ausgleich anstrebt. N. N.

Die Beamtengehälter

Als Ergänzung zu unsern Notizen über Vorauszahlung der Beamtengehälter in der Volkszeitung vom 27. und 30. August 1923 wird uns aus Beamtenkreisen folgendes geschrieben:

Die Gehaltszahlungen der Beamten, insbesondere die für den Monat August und September, die in der Deffektivität auf Grund solcher Untersuchungen der Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben, widelten sich für die sächsischen Beamten wie folgt ab:

1. Am 1. August: Zahlung der regelmäßigen Dienstbezüge für August und September mit einem Ausgleichszuschlag von 574 Prozent (d. h. der für 16. 7. bis Ende Juli festgesetzte) für August und 287 Prozent (d. h. der für 1. bis 15. Juli festgesetzte) für September. (Sächsische Staatszeitung vom 24. und 31. Juli 1923.)
2. Am 8. August: Nachzahlung für die erste Augusthälfte auf Grund des von 574 Prozent auf 1760 Prozent erhöhten Ausgleichszuschlags. (Sächsische Staatszeitung vom 4. August 1923.)
3. Am 13. August: Die unter 2. angeführte Nachzahlung für die zweite Augusthälfte. (Sächsische Staatszeitung vom 13. August 1923.)
4. Am 17. August: Nachzahlung für die erste Augusthälfte auf Grund des von 1760 Prozent auf 6604 Prozent erhöhten Ausgleichszuschlags. (Sächsische Staatszeitung vom 17. August 1923.)
5. Am 23. August: Nachzahlung für die zweite Augusthälfte auf Grund des von 6604 Prozent auf 13590 Prozent erhöhten Ausgleichszuschlags. An Kontinhaber gleichzeitig Vorauszahlung für September gegenüber der nach unter 1. für September erhaltenen Befolgungen. (Sächsische Staatszeitung vom 20. August 1923.)

Neben den genannten Erhöhungen sind für verheiratete Beamte entsprechende Erhöhungen der Ehefrauenbeihilfen und für Beamte an besonders leucen Orten entsprechende Erhöhungen der örtlichen Sanberzuschläge eingetreten.

Die Art der Erhöhung der Löhne und das gemeinsame Leid, daß Beamte, Arbeiter und Angestellte (ausgeschlossen selbstverständlich die oberen Beamten und Angestellten) jetzt mehr denn je umpannt, schließt uns wohl vor dem Verdacht, als ob wir der vierteljährlichen Vorauszahlung der Reichsbeamtengehälter in dem Zeitpunkt, in dem dieses Schicksal befestigt werden soll, noch ein Loblied singen wollten. Das Gegenteil ist der Fall. Denn die überfüllte Marktentwertung hat es nicht einmal vermocht, eine monatliche Vorauszahlung wie sie für die sächsischen Beamten bisher immer erfolgte, nur einigermaßen sicherzustellen. Bedeutend mehr, daß der am 1. August vorausgesetzte Ausgleichszuschlag von 574 Prozent für die erste Augusthälfte endgültig auf 6604 Prozent (Aufstellung laufend Nr. 4, Zahlung am 17. August 1923) und für die zweite Augusthälfte endgültig auf 13590 Prozent (Aufstellung laufend Nr. 5, Zahlung am 23. August 1923) festgesetzt wurde, so fallen erst die Schuppen von den Augen, die dann das wahre und richtige Bild sehen. Was soll sehen sie da? Das Spiegelbild der noch nie dagewesenen Entwertung unserer Mark in seinen greiflichen Farben! Daneben läuft ein gähnender Abgrund auf, jederzeit bereit, uns noch zu verschlingen. Ein erschütterndes Bild, das selbstverständlich nicht nur die breite Masse der Beamten, sondern im gleichen Maße die Arbeiter, Angestellten erleben.

Die gemachten Angaben zeigen also, daß die Dinge in Wirklichkeit wesentlich anders als in Besch der Verzerrung niedergeschrieben, aussehen, und daß nach den tatsächlich erfolgten Zahlungen das Ungleichgewicht bei der monatlichen Vorauszahlung der Gehälter eingetreten ist, also die Umwandlung der Vorauszahlung in eine regelrechte Nachzahlung, und daß selbst bei den vierteljährlichen Vorauszahlungen durch die ungewohnte Marktentwertung, die naturgemäß eine fortgesetzte Nachzahlung von Befolgungen zur Folge hatte, der Charakter der Vorauszahlung fast genommen ist. Entscheidend ist doch für diese Frage lediglich der Festz und die Verfügung über wertbeständige Gehälter und Löhne, und das ist ebenwiewenig bei den Beamten, wie bei den Arbeitern und Angestellten der Fall gewesen. Die Neuerungen der Presse über die die Finanzen des Staates schädigende Vorauszahlung ist daher noch nie so unbegründet gewesen, wie jetzt, und liegt wohl zum großen Teil an falschen Unterstellungen.

Kleine politische Nachrichten

Verständlicher Hinterschub. In einem Münchner Korrespondenzartikel war im Vorwärts u. a. die Rede von den mit amerikanisch-jüdischen (Korb) und bolschewistischen Mitteln arbeitenden Hinterschub und weiterhin von Hitler selbst als einem neurotischen und politisch unreifen Schwärmer. Durch diese Ausdrücke suchte sich „Adolf der Große“ betritt getränkt, daß er eine Verleumdungsklage gegen den Genossen Schiff vom Vorwärts anstrengte. Das Münchner Schöffengericht verurteilte jetzt Schiff ohne Verleumdung zu 6 Millionen Mark Geldstrafe. So schaut die Münchner Justiz das gefährliche Treiben der Nationalen.

Die Umwandlung der Berliner Straßenbahn. Der Berliner Magistrat hat sich am Dienstag mit der Umwandlung der Stadtbahn in eine städtische Straßenbahn-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H. einverstanden erklärt. Der neue Aufsichtsrat wird aus vier Magistratsmitgliedern, sieben Stadtverordneten und einem technischen Leiter bestehen. Am die Umwandlung durchzuführen, soll der Betrieb von Sonnabend bis Montag früh stillgelegt und am Montag in beschränktem Umfange wieder aufgenommen werden.

Graf Hornbroch gestorben. Im Alter von 71 Jahren ist in Bitterfeld der bekannte Arbeiter- und Bekämpfer des Katholizismus Graf Hornbroch, gestorben. Seine Blätter sagt in der Todesanzeige: „Es war kein leger Wunsch, hier ausgeprochen zu wissen, daß er bis zum letzten Atemzuge allen Hindernissen zum Trotz gegen das mittergründliche, deutsch- und talenfeindliche Papsttum und seine Stotruppe, den Jesuitenorden, gekämpft hat.“ — In diesem Kampfe gegen Rom hat G. mancherlei gute Waffen geliefert, aber bis zum freien Denken konnte er sich nicht durchringen.

Beschlüsse der Parteioorganisationen

München. Eine Mitgliederversammlung der U. S. P. D. Münchens beschloß mit großer Mehrheit: Die Verarmung hält die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung Stresemann nur dann für tragbar und im Interesse der Republik, der Demokratie und der deutschen Arbeiterklasse gelegen, wenn innerhalb kürzester Frist folgende Forderungen Verwirklichung finden: Abschleife Durchführung der beschlossenen Steuererhöhungen, Grundbesitzliche und tabuläre Steuerreform mit dem Ziel der Erfassung der Sachwerte. Auf dieser Grundlage: Beendigung der Aufrückkonflikte durch Verhandlungen mit den unmittelbaren Befehlshabern und der Gesamtheit der Reparationsgläubiger. Ersetzung des Reichswehrministers Dr. Geyler durch einen zuverlässigen Republikaner, Reichsfinanzminister und Pressenabteilung der Reichsregierung müssen mit zuverlässigen Republikanern besetzt werden. Beendigung des Monopols der künftigen wilhelminischen Diplomatie auf die auswärtigen Beziehungen der republikanischen Reichs. Unter keinen Umständen darf von der Partei ausgeht werden, daß ein offener oder ein verkappter Kontrakt als Vorkauf nach Paris kommt.

In der Frage des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich darf es in Zukunft keinerlei Konzessionen mehr geben. Jeder Widerstand Bayerns gegen die rettenden Finanzmaßnahmen des Reichs muß von der Sozialdemokratie rückhaltlos gebrochen werden. Die Forderung der politischen Befreiung, insbesondere Fehrenbachs, muß endlich ohne Zögern in die Wege geleitet werden. Wenn die bürgerlichen Parteien das Besten der Regierung Stresemann darin sehen, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zu sabotieren, darf die Sozialdemokratie keinen Tag länger in der Regierung bleiben, sondern muß im geeigneten Augenblick mit einer entschlossenen Barade an die Volksmassen appellieren.

Dortmund. Eine Mitgliederversammlung nahm eine Entschlieung an, in der sie sich mit dem Eintritt unster Gewerkschaften in die Regierung in dieser Zeit einverstanden erklärte, weil durch den Weiterbestand des Kabinetts Cuno die Lage im Innern und das Verhältnis mit den Ländern der Entente noch unglücklicher geworden wäre und für die arbeitende Klasse nur weitere Nachteile entstanden wären. Die Versammlung erjudt die Forderung, den Reichswehrminister Geyler zur Niederlegung seines Amtes aufzufordern, weil er das Vertrauen der arbeitenden Volks nicht besitzt. Unter seiner Unzulänglichkeit hat sich die republikanische Reichswehr zum größten Teil zu einem Instrument der reaktionären Parteien entwickelt und nicht zur Beschützerin der Republik. Die Entschlieung wurde durch folgenden Zusatz erweitert: Die Versammlung betrachtet es als selbstverständlich, daß die Forderung ihre Beteiligung an der großen Koalition dazu benutzt, mit allen Mitteln auf die Durchführung der von ihr aufgestellten Forderungen hinzuwirken. Sie wird dabei auf die Unterstützung der gesamten arbeitenden Bevölkerung rechnen können.

Brandenburg. Die Parteivereine Brandenburg, Markow und Weich (Unterbezirk Brandenburg-Westfälischland-Jauch-Weich) haben in Mitgliederversammlungen auf der politischen Lage Stellung genommen. Nach lebhafter Aussprache wurde in allen drei Versammlungen einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der das Verhalten der Reichsregierung und der Eintritt in die Regierung Stresemann beklagt wird. In den drei Versammlungen wurde die rückhaltlose Durchführung des sozialdemokratischen Steuer- und Sanierungsprogramms gefordert.

Stettin. Die Parteiverammlung bringt ihre ersten Gedanken gegen die Beteiligung an der großen Koalition erneut zum Ausdruck. Sie verlangt daher, daß die neuen sozialdemokratischen Minister und die Reichsstaatsrat mit aller Energie und ohne irgendwelches Nachgeben darauf bestehen, daß das von der Reichsstaatsrat am 11. August aufgestellte Ministerprogramm restlos durchgeführt wird. Die Stettiner Parteigenossen machen ihre weitere Stellungnahme von der Tätigkeit unserer Genossen im Kabinett Stresemann abhängig. Die Versammlung fordert aber, daß alle Parteigenossen die Geschlossenheit der Partei wahren.

Gewerkschaftsbewegung

Ruin schottischer Fischer durch die Ruhrbesetzung. Die Seefischer vom Moran Rith (Schottland) sind von Verlorenheit bedroht, weil die Besetzung des Ruhrgebietes infolge der von den Franzosen erhabenen Fülle und der Entwertung des deutschen Geldes nicht mehr imstande ist, die schottischen Seeringe zu kaufen. Vorher lieferten die genannten Fischer täglich 1000 Fuh Seeringe nach dem Ruhrgebiet. The Labour Press Service vom 23. August, dem wir diese Mitteilung entnehmen, schreibt dazu: Dies ist ein einfaches Beispiel — wenn auch nur in kleinem Maßstabe, so doch aber noch nicht zu klein, als daß es nicht eine beträchtliche Zahl echter Leute ins Geld bringen könnte — von der Art und Weise, wie das französische Abenteuer sich auswirkt, so daß man schon von diesem Standpunkte aus nicht darüber schweigen kann. Es ist Tatsache, daß die Franzosen durch „Schutzgölle“ einen Versuch vorzüglich zugrunde richten, ein Verstreben, das noch verstärkt wird durch nicht wenig leichtfertige, heimliche Handmücherei von allerlei Wichtigmachern, und dies ist sehr schlimm für Leute, die wegen ihrer eigenen Existenz auf diesen Versuch angewiesen sind.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hält am Donnerstag den 6. September, abends 7 Uhr, im großen Saal der Kaufmannschaft, Dittmarsch 9, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der der Gauleiter Ingenieur Weiser über das Thema „Der Zusammenbruch und seine Opfer“ spricht. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Achtung, Metallarbeiter! Wir verweisen auf die in dieser Nummer (siehe Inserat) veröffentlichte Beitragserklärung und bitten um strikte Beachtung und dort festgelegte. Die Ordnungswaltung.

Kaufmännische Angestellte. Der gegen die Arbeitgeberverbände ergangene Schiedsspruch für die kaufmännischen Angestellten aller Branchen ist auf Antrag der Angestelltenorganisationen vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt worden. Die Gehaltsätze für den Monat August stehen somit fest. Sie sind erachtet und können zum Preise von 200 000 M. im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Dresden 2, Schützenplatz 20, Dst., entgegengenommen werden. Bei Zustellung durch die Post ist die Beiliegung von Rückporto erwünscht.

„Die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland“. Herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam). Kleinvertrieb für Deutschland: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 18, Grundpreis 1,35 M., Schlußheft des Buchhandels. — Die 133 Seiten starke Schrift enthält die Erhebungen über die Lage der deutschen Arbeiterklasse, welche der Internationale Gewerkschaftsbund im Auftrage einer gemeinsamen mit den beiden damals noch getrennten sozialistischen Internationalen gebildeten Kommission vorgenommen hat. In gedrängter Form wird hier ein Bild von der wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterklasse gegeben, dessen Anschaulichkeit durch die Beifügung von Diagrammen nicht unwesentlich erhöht wird. Besonderer Wert wird der Schrift dadurch verliehen, daß sie die Entwicklung in Deutschland im Vergleich mit der Entwicklung in anderen Ländern rückt und dadurch die Entwicklungsbildung in Deutschland klar herausstellt. Die Schrift ist

sowohl für den deutschen als auch den nichtdeutschen Arbeiter von hohem Kampfwert. Während sie diesen in den Stand setzt, seine Beachtung gegenüber seinen Arbeitern im Ausland zu erkennen, enthält sie jenen eine erschütternde Veranschaulichung eines der wichtigsten Teile seiner Berufsfrage. Die Befehle für die Lage der internationalen Arbeiterklasse kann beim Lesen des Buches unmöglich übersehen werden.

Die Erdbebenkatastrophe

Jeder Bericht aus Japan enthält erschütternde Angaben, die den Umfang der Katastrophe immer größer erscheinen lassen. Die Zahl der Toten in Tokio soll bereits über 350 000 betragen. Unter den Trümmern von Yokohama liegen über 100 000 Leichen. Nachrichten aus der Provinz sprechen gleichfalls von Tausenden von Toten. In der Bucht von Yokohama ist die Insel Izu mit Tausenden von Bewohnern während des Seebebens zerrissen worden und im Meer verstreut. In Tokio und Yokohama sind nicht nur die meisten Volkshausgebäude zerstört worden, sondern auch alle wissenschaftlichen Anstalten sind dem Erdbeben oder dem Feuer zum Opfer gefallen. Ein Reuter-Telegramm aus Tokio spricht davon, daß Tokio und Yokohama jetzt vollständig zerstört sind und daß es notwendig ist, auf schnellstem Wege die Einwohner mit Lebensmitteln zu versorgen, da bereits im Umkreis der zerstörten Stadt schwere Kämpfe zwischen Soldaten und hungrigen Herden der hungernden Einwohner im Gange seien.

Drei Millionen Tote?

Die Pariser Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Osaka, wonach bei dem Erdbeben drei Millionen Menschen umgekommen sind, darunter allein 800 000 in Tokio. Ein Telegramm aus Peking meldet, daß die Zahl der Toten zwei Millionen übersteigt. — Es ist zu hoffen, daß bei aller Schwere des Unglücks diese Zahlen doch zu hoch gegriffen sind. Nach einem in San Francisco eingetroffenen Funktelegramm sind in Tokio wegen des Mangels an Lebensmitteln Tausende ausgebrochen. Die Gendarmen machten von ihrer Schußwaffe Gebrauch. Die Präfektur von Niigata ist in dem Augenblick eingestürzt, als auf der Nacht nach den Bergen sich eine ungeheure Anzahl von Menschen auf ihr befand.

Nach einem Bericht aus Nagasaki vom Kapitän des Dampfers „Chimpo Maru“ ist die ganze Stadt ein einziger Trümmerhaufen. Nicht ein einziges Gebäude ist unversehrt geblieben. Eine erschütternde Meldung aus Tomoko besagt, daß nach Schätzungen der Polizei in Tokio 500 000 Menschen getötet und 800 000 Häuser zerstört worden sind. 40 Europäer sind bei dem Einsturz von Hotels getötet worden, andre sind infolge der Sturmflut in Yokohama ertrunken.

Die politischen Folgen

Die japanische Erdbebenkatastrophe unterscheidet sich infolgedessen von den Katastrophen in Mexiko und San Francisco, als diese keinen großen Einfluß auf die wirtschaftliche und politische Lage Japans und Amerikas hatten. Japan dagegen hat durch dieses Erdbeben so viel verloren, daß seine Weltstellung durch das Unglück nicht unberührt bleiben dürfte. Fall Wall Gazette nennt das japanische Erdbeben das wichtigste Ereignis seit dem Weltkriege. Es könnte den ganzen Lauf der japanischen Geschichte ändern. Auf jeden Fall aber werde Japan Jahre brauchen, bis es seine Verluste wieder ausglich und die Zerstörungen wieder gutgemacht habe.

Letzte lokale Nachrichten

Kalkschicht. Naturkundliche Ausflüge mit Dr. Fr. A. Wähler, Abteilung II, Sonntag den 8. September: Das Ost- und Seidewitztal. Abfahrt: 7 Uhr 10 Min. Hauptbahnhof nach Birna (Sonntagsfahrkarte). Der Ausflug, der am 16. August wegen des schlechten Wetters ausfallen mußte, findet vornehmlich am 23. September statt. — 6. Wanderung mit Dr. Johs. Schib und Dr. Gottlieb Weidner: Rund um Dresden, Sonntag den 9. September. Abfahrt: 7 Uhr 48 Min. Hauptbahnhof (8 Uhr 1 Min. Keilfahrt) nach Rabenberg (Sonntagsfahrkarte Rabenberg über I. zurück: 7 Uhr 51 Min. ab Dürrensdorf. Preis der Einzelteilnehmerkarte 400 000 M.

Der Dollar 1920/1923

Berlin, 5. September. (Amtlich.)	Proz.			
	5. 9.	5. 9.	4. 8.	4. 8.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 Gulden 5 778500,0	7913500,0	5087250,0	6112375,0
Buenos Aires	1 Peso 10 6463675,0	6518250,0	4189500,0	4210300,0
Kopenhagen	1 Krone 10 3192000,0	3208000,0	2094750,0	2108250,0
Hamburg	1 Mark 10 2591000,0	3809000,0	2394000,0	2408000,0
London	1 Pfund 5 5288675,0	5318250,0	3491250,0	3505750,0
Paris	1 Fr. 25 648825,0	651875,0	359100,0	360900,0
Brüssel	1 Franc 5 917700,0	922300,0	608475,0	611525,0
Wien	1 Schilling 5 847875,0	852125,0	538800,0	541400,0
Bombay	1 Rupee 5 8777500,0	9022500,0	5838375,0	5864825,0
Barth	1 Tollar 5 1065000,0	20 05000,0	1298750,0	13 08250,0
Warschau	1 Zloty 5 1117200,0	1122800,0	789150,0	791850,0
Sankt Petersburg	1 Rubel 5 3591000,0	3608000,0	2344250,0	2358750,0
Sydney	1 Pfund 10 2843875,0	2858825,0	1745825,0	1754875,0
Wien (abgesch.)	100 Kr. 10 27930,0	28070,0	18154,0	18228,0
Trag	1 Krone 5 508525,0	501475,0	334037,0	335093,0
Wadowitz	1 Krone 5 1007,25	1102,75	688,96	701,75

rs. Berlin, 5. September. (Eigene Draht.) Der Devisenmarkt verringert sich von Tag zu Tag. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln nimmt einen ständig wachsenden Umfang an. Das gilt nicht nur für den Freibrief, sondern auch für die amtlichen Notierungen, andererseits ist von irgendeinem neuenwertigen Angebot keine Rede. Die Versorgung des Marktes obliegt daher fast ausschließlich der Reichsbank. Vergebens hat sie versucht, den exzessiven Kursprüngen entgegenzuwirken. Damit hat sie reichliche Opfer bringen müssen, wenn man berücksichtigt, daß das reguläre Aufkommen an Devisen bei dem ständigen Rückgang der Ausfuhr immer dringender wird. Da man in den Kreisen der Reichsbank der Ansicht zu sein scheint, daß eine Intervention im Augenblick einer Verschleuderung der Devisenbestände gleichkommt, war bereits gestern die Intervention von kurzer Dauer, und man hat sich entschlossen, von weiteren Abgaben vorläufig abzusehen. Man macht die Beobachtung, daß viele Kreise in erster Linie das Reichland, für Devisen jeden Preis zahlen. Die fruchtbarste Aufwärtsbewegung setzt sich fort. Im heutigen Vormittagsverkehr hielt die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln unverändert an. Das Geschäft bewegt sich, da entsprechendes Material nicht herankommt, naturgemäß in engen Grenzen. Englische Pfunde setzten mit 80 Millionen ein und zogen dann auf 88 Millionen an, für den Dollar hörte man einen Kurs von 20 bis 22 Millionen.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Oder und Eibe

Wasserstand	8.		4.			
	Wasser	8.	Wasser	8.		
Moldau	Subwitz	40	49	Grabenfeld	31	28
Moldau	Radran	94	84	Reinick	20	25
Oder	Jungbunzlau	12	10	Zeitmeritz	46	52
Oder	Pauz	49	54	Kaufitz	54	58
Eibe	Parubitz	60	62	Dresden	201	200

Heruntergeladen von der Volks- und Sachverständigen-Kommission für die Untersuchung der Wasserstände der Elbe, Oder und Eibe. Die Untersuchung wurde von der Kommission für die Untersuchung der Wasserstände der Elbe, Oder und Eibe durchgeführt. Die Untersuchung wurde von der Kommission für die Untersuchung der Wasserstände der Elbe, Oder und Eibe durchgeführt. Die Untersuchung wurde von der Kommission für die Untersuchung der Wasserstände der Elbe, Oder und Eibe durchgeführt.

Bekanntmachung.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. September d. J. an sind die Beträge, um die sich der vom Arbeitslohn einzubehaltende Steuerabzugsbetrag ermäßigt, wie folgt neu festgelegt worden:

Table with 4 columns: Lohnhöhe, Steuerabzug, etc. Rows show monthly, weekly, and daily wage brackets and their corresponding tax deductions.

Die neuen Sätze finden Anwendung bei Vornahme des Steuerabzugs von jeder nach dem 31. August 1923 erfolgten Zahlung von nach dem 31. August 1923 fällig gewordenem Arbeitslohn.

Bewertung der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen werden mit Wirkung vom 1. September 1923 an die Werte

- a) für Verpflegung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung auf das Vierhundertachtzigfache
b) der Deputate auf das Zweihundertvierzigfache

Table showing tax values for various categories: I, II, III. Includes monthly and annual amounts.

Die neuen Werte können auf Grund der in Nr. 58 der Städt. Staatszeitung veröffentlichten Werte ermittelt werden; sie werden auch von den Finanzämtern zum Ausgabengebrauch, aus denen die Werte vom 1. März 1923 ermittelt sind, können von den Finanzämtern gegen geringes Entgelt, soweit der Vorrat reicht, abgegeben werden.

Dresden, am 31. August 1923.

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Ver- und Verbrauchssteuern.

ADGB Gewerkschaftsbund Dresden. Logo and address information.

Metallarbeiter! Der Vorstand unse... (Notice regarding union matters and contributions.)

Wir verweisen im Abg... (Notice regarding union matters and contributions.)

Deutscher Baugetwertebund... (Notice regarding building workers' union.)

Sachgruppe der Lötler... (Notice regarding soldering workers' group.)

Baulegitimierter der Zimmerer... (Notice regarding carpenters' union.)

Betriebsräte Gruppe XIII... (Notice regarding workers' council group.)

Arbeiterinnen-Schutzkommission... (Notice regarding women workers' protection commission.)

VEPD. 5. Unterbezirk. Logo and address information.

Gruppen-Versammlungen

- Gruppe 1: D. Volksschule, Georgplatz. Vortrag des Genossen Jung...
Gruppe 2: Restaurant Rostow, Mühlentorstraße 33. Vortrag des Genossen...
Gruppe 3: Restaurant zum Gensfelder, Rantzaustraße 16. Vortrag des Genossen...
Gruppe 4: Restaurant Waternhof, Waternstraße. Vortrag des Genossen...
Gruppe 5: Restaurant Volkshaus, Albinstraße. Stadtordnungsbericht...
Gruppe 6: Restaurant Mauffel, Albinstraße 2. Vortrag des Genossen...
Gruppe 7: Restaurant Ferner, Albinstraße 1. Vortrag des Vorsitzenden...
Gruppe 8: Restaurant Wauersberg, Egerstraße, Chemnitz. Stadtordnungsbericht...

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung

Dresden, N., Jacobi, Ecke Rugsburger Straße. Ausschnitt echte Kernledersohlen.

KAMMER-LICHT-SPIELE. WILS DRUFFER-STRASSE 29. Echte Sensationen - keine Tricks. Mit Stanley im dunkelsten Afrika. V. Episode: „Wüstengefahren“ 6 Akte.

VEPD. 4. Unterbezirk

- Dresden-N., Gruppen 1-6 u. Walschlöcher. Freitag, 8 Uhr.
Bezirk Trachenberge. Freitag, 8 Uhr.
Bezirk Bieschen. Freitag, 8 Uhr.
Bezirk Radebeul. Freitag, 8 Uhr.
Bezirk Weißg. Freitag, 8 Uhr.

Wir fordern die Zeichner der 8 prozentigen Sächsischen Markanleihe... Sächsische Staatsbank, Dresden.

Regina-Palast. Dresden - 22 Waisenhausstraße 22. Täglich 8 1/2 Uhr abends.

Tanz und Cabaret. Attraktionen ersten Ranges. Täglich 4 1/2 Uhr nachmittags.

fünf-Uhr-Tea mit Tanzdarbietungen. Täglich 4 1/2 Uhr nachmittags.

METALL-KORTE. kauft Kupfer, Messing, Aluminium, Münzen, Zinn, Rotguss, Blei und Quecksilber.

Edelmetall. Goldbruch - Silberbruch - Gebisse, Platin - Zähne - Uhren - Schmucksachen.

Bestellungen auf die... Elisabeth Reinhold. Wir werden der Verstorbenen, die 12 Jahre in treuer...
Gehe & Co., A.-G.

Metalle. Oskar Freund, Albinstr. 10A. Zentr. 15 831.

Spülapparate. Frau Heusinger, Albinstr. 37. C. A. Wolf, Böhmisches Str. 37.

Zeitungsträger. für Postamt, Oberpostamt, Briefkasten u. Nachmittags...
Elisabeth Reinhold. Gehe & Co., A.-G.

Bekanntmachung.

Durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Dresden vom 18. Juni 1923 ist der...
Ball-Anzeiger für Donnerstag den 6. September.

Drei-Kaiser-Hof. Glycerin, Rücken, Nollacks Etablissem., Palmengarten.

Metallschmelze. Mar Haupt, Wilsdruffstr. 17, 2. Tel. 35372.

Spülapparate. Frau Heusinger, Albinstr. 37.

Felle. Kauls-, Ziegen-, Zickel-, Mantelwurstfelle...
C. A. Wolf, Böhmisches Str. 37.

Tanz Zirkel im Gewerbehau. Sonntagabend, 22. u. Montag, 21. Sept.

Pelzwaren Verarbeitung. Modifizierung - Reparaturen.

Zeitungsträger. für Postamt, Oberpostamt, Briefkasten u. Nachmittags...

Bestellungen auf die... Elisabeth Reinhold.

Metalle. Oskar Freund, Albinstr. 10A.

Spülapparate. Frau Heusinger, Albinstr. 37.

Felle. Kauls-, Ziegen-, Zickel-, Mantelwurstfelle...

Tanz Zirkel im Gewerbehau. Sonntagabend, 22. u. Montag, 21. Sept.

Pelzwaren Verarbeitung. Modifizierung - Reparaturen.

Zeitungsträger. für Postamt, Oberpostamt, Briefkasten u. Nachmittags...

Bestellungen auf die... Elisabeth Reinhold.

Metalle. Oskar Freund, Albinstr. 10A.

Spülapparate. Frau Heusinger, Albinstr. 37.

Felle. Kauls-, Ziegen-, Zickel-, Mantelwurstfelle...

Tanz Zirkel im Gewerbehau. Sonntagabend, 22. u. Montag, 21. Sept.

Pelzwaren Verarbeitung. Modifizierung - Reparaturen.

Zeitungsträger. für Postamt, Oberpostamt, Briefkasten u. Nachmittags...

Partei

Die erheblichen die Fortschrittliche Erhöhung...
Der Parteimitgliedung...
Der Parteimitgliedung...

Partei

Die Parteimitglieder...
Der Parteimitgliedung...
Der Parteimitgliedung...

Partei

Die Parteimitglieder...
Der Parteimitgliedung...
Der Parteimitgliedung...

Partei

Die Parteimitglieder...
Der Parteimitgliedung...
Der Parteimitgliedung...

Partei

Die Parteimitglieder...
Der Parteimitgliedung...
Der Parteimitgliedung...

Partei

Die Parteimitglieder...
Der Parteimitgliedung...
Der Parteimitgliedung...

Parteibeitrag für die 36. Woche

Die Geldentwertung ist gegen die 35. Woche wieder in erheblichem Maße gestiegen. Alle Unkosten und Ausgaben für die Fortführung der Parteifunktionen sind durch die bedeutende Erhöhung der Post- und Telephongebühren um ein Vielfaches angewachsen. So kostete vom 1. September an allein ein Brief im Fernverkehr 75 000 M. Porto, ein Telefongespräch im Ort 75 000 M., ein Gespräch im Vorortverkehr 150 000 bis 250 000 M. und ein Gespräch nach außerhalb (Fernverkehr) 450 000 bis 675 000 M. Allein schon diese Ausgaben rechtfertigen für die 36. Woche eine Erhöhung des Parteibeitrages. Ferner kommt aber noch eine ganz bedeutende Mehrausgabe durch die Fahrpreiserhöhung um 500 Prozent, die ebenfalls am 1. September in Kraft trat, bei Vermittlung von Referenten nach auswärts und durch die Straßenbahnfahrpreiserhöhung bei Vermittlung von Referenten nach den Stadtbezirken in Betracht. Aus diesen Gründen sah sich der Bezirksvorstand gezwungen, die Beiträge wiederum zu erhöhen. In der

36. Woche (vom 9. bis 15. September)

beträgt der Beitrag für männliche Mitglieder

100 000 M.

für weibliche Mitglieder

30 000 M.

Der Bezirksvorstand erwartet auch fernerhin, daß unsere Parteimitglieder dieser Beitragserhöhung und Beitragsregelung volles Verständnis entgegenbringen.
Der Bezirksvorstand der D. S. P. D. Bezirk Ostfachsen.

Sachsen

Die sozialdemokratische Quelle

Die Telegraphen-Linien erklärt, daß sie die Mittelkammer über die Konferenz zwischen Weis, Sömann und Jäger von einer „belebten sozialdemokratischen Seite“ erhalten habe. Sie behauptet damit, daß einer der beteiligten Parteigenossen einen schweren Vertrauensbruch begangen habe und verdächtigt einen ganzen Kreis von Personen. Wir fordern die Telegraphen-Linien auf, zu sagen, wer denn die „belebte sozialdemokratische Seite“ ist, von der sie übrigens angeführt worden wäre. Der aus dem Namen Weigert sich die Telegraphen-Linien, den Namen zu nennen, so würde das nur zeigen, mit welcher Stumpfheit gewisse sogenannte Journalisten ihr Handwerk betreiben. Was kann es für eine andere Gemeinheit geben, als wenn man eine ganze Reihe von Leuten in den Verdacht bringt, daß sie einen Vertrauensbruch begangen haben, dann aber den Beteiligten nicht die Möglichkeit gibt, sich von diesem Verdacht zu reinigen.

Der Bürgerliche Ordnungsdienst

Das Polizeipräsidium Dresden teilt zu den letzten Presseveröffentlichungen über den Bürgerlichen Ordnungsdienst folgendes mit:

Beim Bürgerlichen Ordnungsdienst liegen die Voraussetzungen eines Vereins vor; der Zusammenschluß ist erfolgt, um gemeinsam den Schutz aller bürgerlichen Veranstaltungen gegen Störungen durchzuführen. Dieser gemeinsame Wille hat auch in einer Organisation Ausdruck gefunden, die in den herausgehobenen Richtlinien festgelegt ist und die Gliederung der Mitglieder in Hundertschaften unter einem gewählten Leiter ordnet, auch die Unterordnung des einzelnen als Ausdruck des gemeinsamen Willens festlegt. Der Bürgerliche Ordnungsdienst ist daher ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes. Nach dem Erörterungsergebnis war zur Bildung des Ordnungsdienstes unter Führung der Geschäfte ein engerer Ausschuss gewählt worden, der vier Mitglieder hatte, den Major a. D. und Verwaltungsdirektor Pöfifer, den Hauptmann a. D. und Kaufmann Siemens, ferner Dr. Meißner und Dr. Wischel. Den Mitgliedern Pöfifer und Siemens war die Ausbildung und die Organisation der praktischen Ausübung des Ordnungsdienstes übertragen. Es war daher nach Ansicht des Polizeipräsidiums die Zustellung an ein Mitglied dieses Ausschusses, da kein besonderer „Obmann“ vorhanden war, rechtlich genügt, und nach der Sachlage war es geboten, die Verfügung einem Leiter der praktischen Organisation anzustellen. Die Zustellung erfolgte daher an den Kaufmann Siemens mit rechtlicher Wirkung auch für die Vereinarbeit; außerdem ist die Zustellung noch erfolgt an den Stadtmagistratsrat Dr. Gronau, der nach den Angaben des Ausschusses Mitglied des Ausschusses ist. Dieses Amt hat im Auftrag des Dresdner Bürgerausschusses die Organisation des Bürgerlichen Ordnungsdienstes übertragen. Dieser hat die Verfügung mit der Behauptung zurückgegeben, er sei daran nicht beteiligt. Demnach ist auch die Stelle, die nach

den Erörterungen für die Gründung in erster Linie verantwortlich ist, von der Aufstellung unterstellt worden. Von dem vorgenannten Ausschuss ist dann auch die von Anfang an ins Auge gefasste Veranlassung der Mitglieder mit Summi- und Stahlschlagern durchgeführt worden. Es ist also eine Verletzung der Öffentlichkeit, wenn behauptet wird, die Veranlassung in dieser Weise sei ohne Wissen der Zeitung erfolgt. Für die am 20. Juli 1923 darüber hinaus festgestellte Veranlassung mit Revolvern, Durchsängern usw. ist nach den bisherigen Erörterungen allerdings nur der eine Leiter, Verwaltungsdirektor Pöfifer, verantwortlich. Inzutreffend ist endlich auch die Behauptung, die Bildung der Organisation als bewaffneter Kampf sei nicht unbefugt gewesen, weil der Minister des Innern Weisman zunächst den Ordnungsdienst gebildet habe. Die Duldung erfolgte natürlich nur unter der Voraussetzung, daß die Organisation nicht gefährlich, vor allem nicht bewaffnet und nicht in militärischer Weise vorgehen würde. Gegen die Aufschlüsselung Pöfifer, Dr. Meißner und Siemens ist bei der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen begangener Verbrechen anhängig.

Die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung

Die Bemühungen der Regierung, die Kartoffelversorgung der sächsischen Bevölkerung zu einem Teile unter Inanspruchnahme von Mitteln des Reiches zu finanzieren, sind leider ohne Erfolg geblieben. Das Wirtschaftsministerium ist daher mit den beteiligten sächsischen Kreisen in Fühlung getreten. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

Dresdner Chronik

Dresdner Straßenbeleuchtung

Einst und jetzt

Auf der Jahresversammlung der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft, die am Sonnabend im Elektrotechnischen Institut der hiesigen Technischen Hochschule abgehalten wurde, hielt Herr Stadtmagistrats-Rat N. Wenzke einen interessanten Vortrag über Dresdens Straßenbeleuchtung im Wandel der Zeiten. Seinen interessanten Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Bis weit ins Mittelalter hinein verlangte weder die Anspruchlosigkeit noch der Verkehr eine Straßenbeleuchtung. Erst Ende des 17. Jahrhunderts — um 1686 herum — stellte sich mit dem steigenden Verkehr das Bedürfnis heraus, die Straßen Dresdens zu beleuchten. Es wurde durch den Kurfürsten Johann Georg II. eine Kommission eingesetzt, um die Wünsche der Bürgerchaft zu befragen. Nach dem Ergebnis dieser Kommissionsberatungen sollte an jedem dritten Hause eine Laterne angebracht und diese im Winter von abends 9 Uhr bis früh 6 Uhr gebrannt werden. Diesen Vorschlag verwarf der Rat mit der Begründung, daß der Verkehr in den Dunkelstunden nur gering sei und deswegen doch eine Verfügung genüge, nach der jeder abends ausgehende eine brennende Laterne bei sich zu tragen habe, und jeder, der das unterlasse, zu arretieren sei. Die Meinungsverschiedenheiten waren nicht auszugleichen und somit unerblich auch vorläufig die Straßenbeleuchtung. Dieser Vorgang veranlaßte Kurfürst Friedrich August, einzugreifen, und am 17. Januar 1703 den Oberbaudirektor Major Kaumann zu beauftragen, eine Straßenbeleuchtung einzurichten. Dieser brachte es fertig, daß bereits am 28. März desselben Jahres 46 Öl- und 8 Kerzenlampen auf der Elbbrücke und am 10. November weitere 700 Laternen in den Straßen der inneren Stadt brennen konnten. Die erste Einrichtung der 1706 Lampen kostete 3000 Taler, die von den Hausbesitzern bezahlt werden sollten. Diese wehrten sich aber gegen die Belastung, und weil keiner für den Aufwand aufkommen wollte, wurde der Auftrag der Vesteuerung von Steierluzus, Perücken, Karossen und Delikatessen veräußert, bis endlich die 1728 erfolgte und beifällig ausgenommene Entscheidung, nach welcher für jedes Gebäude jährlich ein Taler Beleuchtungszahlung zu bezahlen war, diesem Zustand ein Ende machte. Bis 1830 wurde an diesem Beleuchtungszustand festgehalten.

Ein mit dem Stadtmajor Weigmann am 1. März 1784 abgeschlossener Vertrag, nach welchem B. die Vorstädte mit 245 Laternen für den Preis von 2000 Talern jährlich beleuchten sollte, hatte zur Folge, daß 1790 die Straßen aller Stadtteile Dresdens durch 1218 Laternen für Beleuchtung versehen waren. Die Kosten dafür betragen 700 Taler 2 Groschen. Wenn es auch bezeugt wurde, daß die frühere Dunkelheit geblieben war, so fragte man doch mehr und mehr über die Mangelhaftigkeit der Beleuchtung und führte versuchsweise, jedoch erfolglos Laternen mit vier Dochten ein. 1818 wurde die Straßenbeleuchtung, die zu dieser Zeit 1315 Laternen umfaßte und durch einen Inspektor, drei Aufseher und 32 Laternenwärter beaufsichtigt und bedient wurden, dem Stadtpolizeikommissar unterstellt.

Nachdem 1814 London, 1820 Paris und 1826 Berlin und Hannover Gasanstalten gebaut und dort die Straßen mit Gas beleuchtet wurden, trat man auch in Dresden der neuen Einrichtung näher. Am 9. April 1825 beauftragte König Friedrich August I. den Inspektor des Mathematischen Salons, Wachmann, der sich schon mit der Gasbeheizung beschäftigt hatte, eine Gasanstalt zu bauen. Die Schnelligkeit, mit der die Beschlässe gefaßt und in die Tat umgesetzt wurden, machte es möglich, daß am 27. April 1825 zur Feier der am 21. Weill erfolgten Geburt des nachmaligen Königs Albert mit Gaslaternen illuminiert werden konnte. Die Gasanstalt befand sich in dem alten Festungswerke, den jetzigen Zwingerpromenaden. Die neue Beleuchtung fand Anklang und so wurde wenige Tage später Auftrag zur Aufstellung einer größeren Anzahl von Gaslaternen gegeben, sowie hierfür der Betrag von 4000 Talern bereitgestellt. Bis zum Jahreschluß waren in der inneren Stadt 80 Laternen mit 77 Gasflammen in Betrieb und damit 141 Cellampen erlosch. Der Bau der Gasanstalt und die Verlegung der Röhre kostete 10 108 Taler 13 Groschen 5 Pfennig. Während 1828 die Gasbeleuchtung eine Ausgabe von 1102 Talern verursachte, waren dafür 1829 schon 1014 Taler notwendig. 1830 wurde der Stadtrat, auf den nunmehr die Pflege der Straßenbeleuchtung übergegangen war, an der Stiftsstraße eine neue Gasanstalt und nach der erste auf Wunsch der Staatsprokurator ab. Die Cellaternen wurden nach und nach durch die besser leuchtenden Gasflammen verdrängt und letztere mit dem Wachstum der Stadt, des Verkehrs und des Bedürfnisses nach beleuchteten Straßen immer zahlreicher angebracht. 1834 war die Zahl der Gaslampen auf 8500 gestiegen.

In diesen Jahre beschloßen die städtischen Kollegien auf dem Gelände der Altschüler Gasanstalt an der Stiftsstraße ein Elektrizitätswerk zu bauen und, nachdem inzwischen auch die Bedeutung der Vogenlampen und ihre Eignung für die Straßenbeleuchtung erkannt war, die Straßen und Plätze mit größerem Verkehr in der inneren Stadt elektrisch zu beleuchten. Zu diesem Zwecke wurde die alte Gasanstalt beseitigt, die vielen Schornsteine, die Notenthäuser und die sonstigen der Gasbeheizung dienenden Häuser wurden umgelegt. Der Bau des Elektrizitätswerkes und des Kabelnetzes wurden mit größter Eile betrieben, so daß schon im November 1865 Teile des Kabelnetzes in Betrieb genommen werden konnten. Beim Bau des Kabelnetzes waren für Zwecke der Straßenbeleuchtung in fünf verschiedenen Stadtteilen mit dem Elektrizitätswerk unmittelbar verbundene Schaltstellen angeordnet, von denen für die Nachbarschaften je zwei Kabel verlegt sind und von denen das eine der halbnächtigen und das andere der ganznächtigen Beleuchtung dient. Bei der Anordnung der einzelnen Teile der Straßenbeleuchtung war besonders der Gedanke maßgebend, das Straßenbild möglichst wenig zu verungern, aber auch die Bedienung einfach und billig zu gestalten. Die Schaltung der gesamten Straßenbeleuchtung der inneren Stadt geschah vom Elektrizitätswerk aus, das durch ein lediglich der Straßenbeleuchtung dienendes Kabel mit den fünf Schaltstellen verbunden ist. Die Zeit des Schaltens wird von der inneren Stadt entsprechend der Bitterung und unter gegenseitiger Anpassung von Gas- und elektrischer Beleuchtung dem Wärter auf der Schaltbühne des Elektrizitätswerkes telephonisch angegeben.

Nach dem ersten Beschluß sollten 421 Vogenlampen zum Zweck elektrischer Straßenbeleuchtung eingerichtet werden. Hieron wurden jedoch nachträglich eine Anzahl für Straßen mit geringerem Verkehr, wie z. B. die Erbkische Terrasse, bei denen die hohen Einrichtungskosten nicht zu rechtfertigen waren, gestrichen. Ende 1865 war ein Teil der in Auftrag gegebenen Lampen angebracht und konnte in Betrieb genommen werden. Der Rest war bald vollendet, so daß bis 1868 326 Lampen, und zwar nur Vogenlampen, installiert waren.

Die elektrische Straßenbeleuchtung bestreifte in jeder Weise, insbesondere, als es sich durch Verbesserung der Vogenlampen und der verwendeten Kohlenstoffe möglich war, bei geringerem Lichtverbrauch jeder einzelnen Vogenlampe etwa die doppelte Leuchtkraft wie vorher zu geben. Je vollkommener die Lampen, desto empfindlicher aber auch ihre Einzelteile und ihre Bedienung. Erst die Vervollkommnung der Glühlampe ermöglichte die Vereinfachung der Bedienung. 1869 mußten auf Grund besonderer Abkommens des Rates mit der Regierung die Hauptwege im Großen Garten beleuchtet werden. Da das der Beleuchtung der Bäume wegen von vornherein ausgeschlossen war und Vogenlampen das sichhängende Laub wegen nur an wenigen Stellen angebracht werden konnten, brachte man an Kosten Glühlampen an. 1908 brachte die Eingemeindung von Cottau und Naugitz einen weiteren Zugang an elektrischer Straßenbeleuchtung, insbesondere an Glühlampen, so daß sich damit die gesamte elektrische Straßenbeleuchtung auf 425 Vogenlampen und 428 Glühlampen erhöhte. Der durch den Krieg hervorgerufene Mangel

von sechs Schimmeln gezogenen Gefährtes, wenn wir nicht nebenherlesen, um besser noch den in der Tiefe rauschenden Bach, die Feisenklippen an den Seiten und die Korkeichenwälder an den sanfteren Hängen betrachten zu können. Nachdem es mir in der Mittagsstunde gelungen war, das falsche Pfaffenstücken loszuwerden, das mir am Vortage der Schalterbeamte in Algier trotz meinem Proteste ausgehändigt hatte, fuhr ich über die verbrannte, etwa in Fichtelberghöhe liegende Hochfläche hin. Ab und zu ein Berberdorf, an einzelnen feuchteren Stellen Heimgewächse wachsende Störche, im übrigen Stoppelfelder, deren graubraune Unendlichkeit uns das Ziel, Sétis an der Hauptbahn, der wir nach 14stündiger Fahrt erreichten, dringend herbeisehnen ließ. Mit dem freundlichen Kollegen vom dortigen Gymnasium, den wir am selben Abend im Café kennen lernten und der Sachse kannte, bin ich in Korrespondenz geblieben, bis auch diesem Verkehr der leidige Krieg ein Ende machte.

Constantine

Man denke sich das Polenztal in der Sächsischen Schweiz flussförmig überhöht und so gebogen, daß eine Art Halbinsel entsteht, dann hat man den Platz, auf dem diese merkwürdigste Stadt Algeriens sich befindet. Der Fluß, der diese Schlucht in den Klaffschichten geschaffen hat, heißt der Chemin des Touristes, einem etwas weichen Eisenbahn, der an der einen Schluchtwand angebracht ist. In der Tiefe rauscht der Rummel, an einer Stelle unter einer natürlichen Brücke verschwindend, die durch die Ablagerungen einiger warmer Quellen gebildet wurde. Jetzt werden diese Quellen zu Bädern benutzt und ich habe kaum wieder ein so schauerlich-schönes Bad genommen, als in dem über dem rauschenden Rummel gelegenen Becken zwischen den 150 Meter hohen Wänden der bereits im Abenddämmer liegenden Schlucht. Da der Wohnhof und das neue Franzosenquartier auf der anderen Seite des Rummel liegen als die eigentliche Stadt, haben die französischen Ingenieure drei Brücken über die Schlucht gelegt, die zum Schönen gehören, was ich auf diesem Gebiete gesehen habe. Besonders die am höchsten gelegene, eine elegante Hängebrücke, schwebt wie ein Traumbild über der an dieser Stelle 200 Meter tiefen Schlucht.

(Fortsetzung folgt.)

Meine Algerienfahrt

Von Dr. Kurt Schumann

Der Atlas

Als Fortsetzung unseres Alpensterns durchzieht ein mächtiges Gebirge ganz Algerien in zwei Zügen. Der eine läuft am Rande der Wüste, der andre an der Küste entlang. Beide, den Sahara- wie den Tellatlas, haben wir auf verschiedenen Exkursionen ins Innere kennen gelernt. Am dem Morgen, an dem das französische Mittelmeergeschwader auf seiner Weltumfahrt mit Delcassé in Algier eintraf, fuhr ich mit der Westbahn (Algier-Oran) nach dem kleinen Städtchen Vlada. Die Stadt wird in der Hochaison so viel von Fremden besucht, daß sich dort die Hitze der Glühkugel zu einer besonderen Gefahr entwickelt hat. Wir konnten uns ihrer nur erwehren, indem wir dem Stärksten ein paar Sou schenkten, wofür er die andern solange verprügelte, bis sie uns vom Leibe blieben. Der berühmte heilige Halm mit seinen unrauten Delbäumen und einer kleinen Kapelle (Marabout) in der Mitte steht mir nicht mehr so lebhaft in der Erinnerung wie das hervorragende Diner, das wir dort um den für algerische Verhältnisse außerordentlich hohen Preis von drei Frank (einen wunderbaren gelben öligen Wein mit eingeschlossen) zu uns nahmen. Der Eindruck wurde nur übertrumpft durch das Bild, das sich uns auf der Weiterfahrt ins Gebirge bot. Wir waren wieder einmal die einzigen Europäer im Wagen unter vielleicht hundert Arabern, deren wische Burchüsse ein Leben in den nickersten Raum brachten, das einen Schwogt zu einem Meisterwerk begelstert haben würde. Auch hier wieder große Freude, als wir unsere germanische Abstammung verrieten, und es ist nur bedauerlich, daß wir allen bei Einbildungen, die wir aus jener Zeit in der Tasche haben, nicht Folge leisten können. In einem tief in das Gebirge eingeschmittenen Tal, zu dessen besonderen Merkwürdigkeiten eine Affenbande gehörte, die sich in dem einzigen Gasthaus des Tales für Futur holte und pflichtschuldigst in die Straßenfälle wunderte, kehrten wir nach der vorhergehenden Station zurück, wo uns der Vorsteher erzählte, daß im Winter nicht selten soviel Schnee im Atlas liegt, daß man Schneeschuhe fahren kann. Da hatten also die Plakate der Fremden-Gesellschaft, auf denen man schlafende Araber sah und vor denen wir vorher kopfschüttelnd gestanden hatten, gar nicht so sehr gelogen.

Daß die Franzosen trotz ihrer geringen Organisationsgabe und den miserablen Verkehrsverhältnissen im eigenen Lande auch auf dem Gebiete etwas leisten können, wenn sie nur wollen, merkt man in Algerien an allen Ecken und Enden. Tadellose Straßen sind in teils sehr schwierigem Gelände hier geschaffen worden, die Straßenbahn funktioniert so gut wie nirgends in Paris, das Schulwesen ist in einer Weise geordnet, daß kein Arbeiter, und sage er in der entferntesten Oase, nicht mit zehn Jahren die französische Sprache besser beherrscht als der Normalabruant eines deutschen Gymnasiums, und auch die Eisenbahnen sind, wenigstens soweit sie Staatsbahnen sind, außerordentlich auf der Höhe. Es war gerade eine Lust, in dem aus drei Wagen bestehenden Schnellzug Algier-Constantine durch den Atlas zu fahren. Vom Speisewagen aus, in dem man für 120 Mark sich die und fast essen konnte, die Räume des Grande Kaballe zu bewundern, trotz der Hitze, die hier zum erstenmal anfang, ungemächlich zu werden. Auf einer Nebenbahn kehrten wir in Gesellschaft eines Eisjägers, dessen Familie sich nach dem 70er Kriege hier angesiedelt hatte, an die Küste zurück und zogen mit einer Eskorte von 18 Stiefelputzungen in die prächtig am Hange des Ristentales gelegene Stadt Bougie ein.

Als wir am nächsten Morgen früh drei Uhr im Café an der Poststation unser Frühstück einnahmen, machte uns der Wirt freundlichst darauf aufmerksam, daß wir noch vor Abfahrt des Wagens Gelegenheit hätten, einer Piratenschiff zu bewohnen. Ein Araber, der den Scheich seines Dorfes ermordet hatte, sollte bei Sonnenaufgang an der Gefängniswand erschossen werden. Wir verzichteten auf diese Morgenandacht und hatten an dem kalten Schauer genug, der uns über den Rücken lief, als wir mit der Postkutsche an der Zubehörgasse vorbeifuhren, die den in die Farben der Republik gekleideten Berg wegstiegen, während die zahlreich zu diesem Schauspiel herbeigeeilte Menge sich zerstreute. Es dauerte lange, bis der Eindruck verwischt war, und die Tatsache, daß wir eine halbe Stunde später einem berittenen Gendarmen begegneten, der mit schweren Ketten gefesselte Männer vielerlei eines ähnlichen Schicksal entgegenführte, ließ uns nicht in die Stimmung kommen, die wir gerade auf dieser herrlichen Fahrt dringend gebraucht hätten. Erst ging's zwischen Berg und Wasser an der Küste lang, dann bogten wir in die Teufelsklucht Chabet el Akra ein, die zu den hervorragendsten Gebirgslandschaften gehört, die ich je gesehen habe. Wir saßen meist auf dem Boden des schweren,

